

Feste Fehmarnbeltquerung - FFBQ - BUND lehnt Prestigeprojekt ab

Die Idee einer Festen Beltquerung stammt aus den Zeiten des Kalten Krieges, der Ost-West-Teilung Europas. Das von Dänemark geplante Großprojekt - ein 18 km langer Absenktunnel im Fehmarnbelt zwischen Rödby und Puttgarden soll den funktionierenden Fährverkehr - die schwimmende Brücke und schwimmende Rastplätze für LKW- und PKW-Fahrer - ersetzen.

Für den BUND ist die FFBQ prägnanter Ausdruck einer verfehlten Verkehrspolitik; 7 - 8 Mrd. € wird das Vorhaben verschlingen für einen Zeitgewinn von 45 - 60 Minuten. Die FFBQ wird die mit einem Milliardenaufwand modernisierten Häfen in Mecklenburg-Vorpommern, Lübeck und Südschweden entwerten.

Die Eingriffe in das Meeresschutzgebiet Fehmarnbelt durch die Baggerarbeiten für die Tunnelelemente sind ökologisch nicht zu verantworten, weil die dort einzigartige Flora und Fauna zerstört wird. Zudem drohen durch aufgewirbelte Sedimente massive Störungen von Riffen und Sandbänken, die durch die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) besonders geschützt sind. Auch die in der Ostsee gefährdeten Schweinswale werden insbesondere in der Bauphase durch Baulärm und Sedimentfahnen erheblich gestört.

Im Zusammenhang mit der Querung ist im Staatsvertrag vereinbart worden, die Schienenhinterlandanbindung (SHLA) zwischen Bad Schwartau und Puttgarden zweigleisig auszubauen und zu elektrifizieren. Kosten: ca. 1,8 Mrd. € für deutsche Steuerzahler. Darin ist der notwendige Neubau einer Fehmarnsund-Querung noch nicht enthalten. Das alles, damit u.a. 78 Güterzüge bis zu 850 m lang durch die Ferienregion Tag und Nacht rattern können. Die Auswirkungen für die hier Wohnenden und Urlaubsgäste liegen auf der Hand.

Aktivitäten der Kreisgruppe Ostholstein (KG OH)

Die KG OH hat Anfang 2013 Rechtsanwalt Dr. W. Mecklenburg beauftragt, eine Stellungnahme zum eingeleiteten Raumordnungsverfahren Schienenhinterlandanbindung zu erstellen und ihm zugearbeitet. Die Kosten sind von der KG OH und dem Landesverband getragen worden. Zusammen mit anderen Verbänden sind während der Auslegung

zahlreiche Infostände aufgebaut worden und kreisweit 8.000 Einwendungen abgegeben worden. Im Raumordnungsbeschluss der Landesregierung ist u.a. festgelegt worden, im Bereich der Seebäder die Eisenbahntrasse in Richtung A1 zu verlegen und die Bestandsstrecke (sog. Bäderbahn) stillzulegen.

Im Mai 2014 ist das Planfeststellungsverfahren (PFV) für den deutschen Teil der Beltquerung eröffnet worden, (in Dänemark wird dazu ein Baugesetz im Folketing für den dänischen Teil verabschiedet). Die Planfeststellungsunterlagen (PVU) umfassen etwa 10.000 Seiten. Bei drei Minuten Lesezeit pro Seite sind das 500 Stunden. Der Öffentlichkeit sind die Unterlagen für einen Monat zugänglich - an 22 Werktagen maximal 8 Stunden - entspr. 176 Stunden.

Begrüßenswerter Weise waren die PVU auch elektronisch 60 Tage verfügbar. Es sind dann pro Tag 8,33 Stunden Lesezeit erforderlich, um innerhalb der Einwendungsfrist die Unterlagen einmal gelesen zu haben. Mit einem fairen Verfahren hat all dies nichts zu tun, so Rechtsanwalt Dr. W. Mecklenburg.

Dieser Sachverhalt macht deutlich, dass die Öffentlichkeit, Verbände und Kommunen zeitlich, personell und inhaltlich, z.B. Meeresökologie, nationales und EU-Recht, Bauverfahren, um nur einige Beispiele zu nennen, überfordert sind. In Abstimmung mit anderen Verbänden sind u.a. die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte definiert worden. Das Aktionsbündnis hat Dr. Mecklenburg beauftragt, eine Einwendung zu erstellen. Der BUND ist der Einwendung von Dr. Mecklenburg beigetreten und hat durch interne und externe Experten Fachbeiträge zur Meeresökologie, Sauerstoffzehrung, Sedimentation, zum Schweinswal und zur Verkehrspolitik beigesteuert, die in die Einwendung eingearbeitet worden sind.

Mitglieder der KG OH, des Arbeitskreises Verkehr und des Landesvorstandes haben Gespräche mit dem Ministerpräsidenten und dem Umweltminister und einer Fachabteilung seines Hauses geführt.

Der Vorstand der KG OH hat an zahlreichen Gesprächsterminen mit Bürgerinitiativen und Verbänden teilgenommen, an Infoständen die Bevölkerung informiert und für die Abgabe von Einwendungen im ROV und im PFV gegen dieses unsinnige Projekt geworben. Dafür sind Textbausteine zur Hilfestellung formuliert worden.

Am Anhörungsverfahren der dänischen Staatsgesellschaft Femern A/S in Lalandia bei Rødby waren die KG OH und Mitglieder anderer Verbände und Bürgerinitiativen vertreten.

Von dänischer Seite wurde immer wieder versichert, dass es keine negativen Auswirkungen auf die Meeresökologie geben werde.

Ausblick

Wahrscheinlich wird im Frühjahr 2015 der Erörterungstermin für das Planfeststellungsverfahren stattfinden. Die Vorbereitungen darauf haben BUND-intern bereits begonnen.